

Medienmitteilung vom 25. August 2018

Überparteiliches ParlamentarierInnen-Komitee gegen die trügerische «Selbstbestimmungsinitiative» gegründet

Der Verein «BundespolitikerInnen für Demokratie und Rechtsstaat» lanciert das überparteiliche ParlamentarierInnen-Komitee gegen die trügerische Selbstbestimmungsinitiative. Bereits 137 Mitglieder aus beiden Räten haben sich der Kampagne bis heute angeschlossen. Mittels der Webseite www.faktcheck.ch will sich das Komitee aktiv in die Abstimmungskampagne gegen die gefährliche Selbstbestimmungsinitiative einbringen.

Die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP entpuppt sich schnell als Mogelpackung, wenn man einen Blick in den Text nach dem Titel wirft. Die Initiative verspricht zwar mehr Selbstbestimmung, greift aber unter diesem Vorwand Menschenrechte, Demokratie und den Rechtsstaat in der Schweiz an. Die Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sofort wirkungslos würden. Damit würde die Schweiz eines ihrer zentralen Erfolgsrezepte gefährden: Den Schutz der Minderheiten durch einen starken Rechtsstaat.

Gleichzeitig bedeutete sie eine massive Einschränkung des Bundesgerichtes: Die Richterinnen und Richter dürften die EMRK selbst dann nicht mehr anwenden, wenn ein Bundesgesetz offensichtlich gegen die Menschenrechtskonvention verstösst. Ein jahrelanger Streit bis hin zur möglichen Aufkündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz wären die Folge. So würden Menschenrechte, Rechtsstaat und die Demokratie geschwächt.

Die trügerische Selbstbestimmungsinitiative brächte grosse Rechtsunsicherheit mit sich. Eine Annahme hätte Auswirkungen auf hunderte Wirtschaftsabkommen. Die Schweiz würde als internationaler Vertrags- und Handelspartner unglaubwürdig und als Standort unattraktiv. Das wäre für die kleine und offene Volkswirtschaft der Schweiz ein Schuss ins eigene Knie. Mit den entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Folgen für die Unternehmen und die Bevölkerung.

Für das ParlamentarierInnen-Komitee ist deshalb klar, dass die trügerische «Selbstbestimmungsinitiative» abgelehnt werden muss. Es wird sich in Absprache mit anderen Akteuren deshalb mit vollem Einsatz in den Abstimmungskampf einbringen.

Für weitere Informationen stehen Ihnen die Mitglieder des Co-Präsidiums und die Geschäftsführung des Vereins gerne zur Verfügung (in alphabetischer Reihenfolge):

Beat Flach, Nationalrat GLP, 079 402 91 12
Kurt Fluri, Nationalrat FDP, 079 415 58 88
Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne, 076 334 33 66
Rosmarie Quadranti, Nationalrätin BDP, 079 865 66 11
Marco Romano, Nationalrat CVP, 079 425 14 31
Anne Seydoux-Christe, Ständerätin CVP, 079 296 65 92
Marianne Streiff, Nationalrätin EVP, 079 664 74 57
Hans Stöckli, Ständerat SP, 079 770 83 58
Cédric Wermuth, Nationalrat SP, 079 783 83 29
Walter Stüdeli, Geschäftsführer Trägerverein, 079 330 23 46